

Elternschaft des Wahnbecker Kindertreffs

Wahnbek, November 2012

An die
Ratsmitglieder der Gemeinde Rastede
Sophienstraße 27

26180 Rastede

Sehr geehrte Damen und Herren des Gemeinderats Rastede,

mit großem Unmut haben wir die Vorschläge zu den Beitragserhöhungen bzw. zur Änderung der Geschwisterpauschalen der Kindergarten- bzw. Krippenbeiträge zur Kenntnis genommen.

Als diejenigen, die diese Erhöhungen finanziell aufbringen müssen, wollen wir es nicht versäumen, unsere Haltung dazu mitzuteilen.

Für viele Familien ist es eine Zumutung, in einer so kurzen Zeit solch teilweise immensen Gelder zu erwirtschaften, ohne etwas an der jeweilig individuellen Lage ändern zu können. Weder kann ein Elternpaar innerhalb von zwei Monaten höhere Gehälter erzielen, noch eine alternative Betreuungsform für ihre Kinder wählen. Von einer Familie mit zwei Kindern (ein Kind im Kindergarten, ein Kind in der Krippe) wird plötzlich verlangt, monatlich ca. 90,- mehr aufzubringen. Familien mit drei Kindern trifft es noch viel härter - sollten für das dritte Kind nun auch statt bisher 0% augenblicklich 50% anfallen, wird von der Gemeinde erwartet, innerhalb kürzester Zeit dreistellige Beträge zu bezahlen. Solche Kosten in den monatlichen Belastungen müssen von jungen Familien langfristig geplant werden. Warum werden die Kürzungen der Zuschüsse nicht in kleineren Schritten und überschaubaren Zeiträumen gestaffelt? Warum gibt man den Familien nicht wenigstens Zeit bis zum Beginn des neuen Kindergartenjahres?

Die Gemeindevertreter sprechen von "moderaten" Erhöhungen bzw. Kürzungen - diese sind jedoch, gerade für einkommensschwächere Haushalte keinesfalls mäßig oder angemessen! Im Gegenteil: sie sind unverhältnismäßig hoch und für viele von uns einfach nicht machbar. Dies mit steigenden Personal- und Energiekosten zu begründen, reicht uns nicht aus und ist auch in Zahlen in keiner Weise transparent bzw. nachvollziehbar. Die Gemeinde macht es sich in diesem Fall zu einfach und wirkt dem Trend der Bundesregierung entgegen, gerade junge Familien stärker zu unterstützen, Frauen im Beruf zu halten und Kleinstkinder in Einrichtungen zu fördern. Rastede soll für junge Familien attraktiv bleiben, neue Familien sollen in den geplanten Baugebieten sesshaft werden - vor allem mit den Kürzungen der Geschwisterzuschüsse ist dieses Vorhaben allerdings kontraproduktiv. Kinder sollen, so auch die Wahlversprechungen der Politiker, nicht zum Luxusgut werden. Die allseits umworbene Vereinbarkeit von Beruf und Familie setzt die Gemeinde Rastede mit diesen Bestrebungen bewusst aufs Spiel, setzt Eltern mit Kindern unter Druck und erschwert das alltägliche Wirtschaften ungemein.

Wir bitten Sie eindringlich, zu überdenken, dass es hier um die Familie als kleinste soziale Einheit der Gesellschaft geht. Die Kinder sind unsere, aber auch Ihre Zukunft. Es sollte Ihnen als unsere gewählten Vertreter der Gemeinde mehr am Herzen liegen, die hart erarbeitete Stabilität der jungen Familien nicht zu schwächen bzw. auf eine Probe zu stellen, die existentiell sein kann. Wir sind sehr froh über unsere Krippe und unsere Kinder fühlen sich dort wohl. Bitte erhalten Sie die Attraktivität an unseren Einrichtungen und erschweren nicht den Zugang zur frühkindlichen Bildung.

Hochachtungsvoll,
die Eltern der Wahnbeker "Krabbelpiraten" und der "Grashüpfer"

Anhang: Artikel zur Ungleichheit und Ungerechtigkeit in der Kinderbetreuung

Grashüpfer:

Sabine und René Soudemann
mit Jouna (1) + Ratti (4)

Isabella Suß + Rhi + Linus

Monel und Daniela Schickel
mit Jonas (8), Felix (1) und Luca (0)

Jens + Anke Blohm

Maria

Anke Seiffert
mit Linus (2)

Anke Blohm
(Bennet 6, Constantin 2)

Carsten Rebel

Jonny

T. Alu

T. Franzel

Luke
mit Luk (5), Maria (3) und Elio (1)

M. Ziesing
mit Lewis, Tilo & Theo

Krabbelpiraten:

Roman Gessler, Dina Gessler
mit Kasimir (2)

M. & J. Thamer
(Lemi 4 & Marie 2)

Sagehen, Gerdell (Philipp 2)

Waldobk

Jable

Elena Jasilenko
Alexander Meisterling
(Milena 2)

Sylvia Weich (Uke)

Maika Meyer
(Tito 2, Ronja 2)

Or Esen

Silvia Jalak

Dr. Christoph Seybold

N. Eber

R. J. (Kasimir)

Prof. C. (Julian 4 und Phillip 3)

Christine Demann
MATTHIS (4), MIKE (1)

Betreuung in Deutschland: total ungerecht!

In unseren Kindergärten sind nicht alle Kinder gleich. Welche Unterstützung Familien vom Staat bekommen und wie viel, hängt von ihrem Wohnort ab. Unser Autor Martin R. Textor nennt sieben große Ungerechtigkeiten



Es ist ungerecht, dass der Wohnort darüber entscheidet, ob man einen Betreuungsplatz findet oder nicht. Während 2010 im Landkreis Jerichower Land (Sachsen-Anhalt) etwa 62 Prozent der unter Dreijährigen eine Krippe besuchen konnten, waren es im Landkreis Cloppenburg (Niedersachsen) noch nicht mal sieben Prozent. Auch die Versorgung mit Kindergartenplätzen ist alles andere als optimal. Im Kreis Dithmarschen (Schleswig-Holstein) gab es nur für 78 Prozent der Drei- bis Sechsjährigen einen Platz, dagegen in Neubrandenburg (Mecklenburg-Vorpommern) ein Überangebot von knapp 108 Prozent. Das bedeutet: **Manche Kinder profitieren nicht so früh von öffentlichen Bildungsangeboten wie andere, und manche Eltern haben nicht so gute Möglichkeiten, Familie und Beruf miteinander zu vereinbaren, wie andere.**

Quelle: Statistische Ämter des Bundes und der Länder 2011

Es ist ungerecht, dass Durchschnittsverdiener-Familien in Bremen 1752 Euro im Jahr für einen Halbtagsplatz im Kindergarten zahlen müssen, in Heilbronn oder Zwickau aber keinen Cent. Wie ein Vergleich der 100 größten deutschen Städte von 2010 zeigt, **stellen inzwischen neun Städte den Kindergartenbesuch komplett kostenfrei. Andere können oder wollen sich das nicht leisten und belasten die Mütter und Väter finanziell erheblich.** Spitzenreiter sind Tübingen und Potsdam. Gut verdienende Eltern mit zwei Kindern im Kindergarten werden hier mit knapp 3700 Euro jährlich zur Kasse gebeten. **Dieses Geld haben sie, anders als Eltern in Düsseldorf oder Mainz zum Beispiel, nicht mehr für Musikunterricht oder andere Aktivitäten zur Verfügung. Eine krasse Ungleichbehandlung.**

Quelle: INSM/ELTERN-Kitamonitor 2010

Es ist ungerecht, dass es vom Wohnort eines Kindes abhängt, mit wie vielen anderen Kindern es sich eine Erzieherin teilen muss: 2009 schwankte der Personalschlüssel in Kinderkrippen zwischen den Extremen 1 zu 3,5 im Saarland und 1 zu 7,5 in Brandenburg. Bei den Drei- bis Sechsjährigen reicht die Spanne von 1 zu 7,4 in Bremen bis 1 zu 13,1 in Mecklenburg-Vorpommern. Mehr Kinder pro Erzieherin – das bedeutet gerade für Ein- und Zweijährige eine deutliche Benachteiligung, zumal der direkte Zusammenhang zwischen Personalschlüssel und Krippenqualität wissenschaftlich nachgewiesen ist. Ganz zu schweigen von der höheren emotionalen Belastung in großen Gruppen.

Quelle: Autorengruppe Bildungsberichterstattung 2010

Es ist ungerecht, wenn Migrantenkinder in Kitas oft unter sich bleiben. So ballt sich in Berlin mehr als die Hälfte der nicht deutschstämmigen Kinder in Kitas, in denen die Mehrheit nicht Deutsch als Familiensprache hat. Im Bundesdurchschnitt betrifft das immer noch mehr als ein Drittel aller Migrantenkinder. Das mag unterschiedlichste Gründe haben – Tatsache ist: Hier handelt es sich um eine Ungleichbehandlung von Migrantenkinder, die in Kitas mit weniger als 25 Prozent Ausländeranteil deutlich bessere Chancen hätten, Deutsch zu lernen.

Quelle: Autorengruppe Bildungsberichterstattung 2010



www.eltern.de

Was halten Sie von den beschriebenen Fällen?
Und was ist in Ihrem Heimatort besonders ungerecht?
Schreiben Sie uns unter www.eltern.de/wohnort

Es ist ungerecht, dass es vom Wohnort einer Familie abhängt, wie ihr behindertes Kleinkind betreut wird. So wurden 2009 in Bayern fast zwei Drittel aller Kleinkinder mit Behinderung in Sondereinrichtungen betreut, in Sachsen-Anhalt kein einziges. Dort nämlich besuchen 99,9 Prozent eine integrative Kita, wogegen in Bayern nur ein Drittel gemeinsam mit nicht behinderten Kindern betreut wird.

Quelle: Autorengruppe Bildungsberichterstattung 2010

Es ist ungerecht, wie unterschiedlich das Betreuungspersonal in Deutschland ausgebildet ist. In Thüringen bringen 94 Prozent eine Erzieherinnen-Ausbildung oder ein Sozialpädagogik-Studium mit. In Bayern sind es dagegen nur knapp 54 Prozent – dort ist der Anteil niedriger qualifizierter Kinderpflegerinnen mit fast 39 Prozent besonders hoch.

Quelle: Autorengruppe Bildungsberichterstattung 2010

Es ist ungerecht, dass einige Länder und Kommunen viel weniger Geld für die Betreuung ausgeben als andere. 2009 variierten die Ausgaben der öffentlichen Hand laut Jugendhilfestatistik zwischen 7513 Euro in Berlin und 3154 Euro in Mecklenburg-Vorpommern pro betreutem Kind unter 14 Jahren. **Höhere Ausgaben lassen nicht nur ein besseres Angebot für die Kinder vermuten – sie wirken sich meist auch positiv auf die Arbeitsbedingungen für die Erzieherinnen aus.**

Quelle: Statistisches Bundesamt

Fazit: **Unsere Kinder werden in Krippe, Kindergarten und Hort höchst ungleich behandelt. Darunter leiden die Eltern, die Fachkräfte und vor allem die Kinder selbst. Besonders die Ungleichbehandlung von Kindern unter drei Jahren wird zum Problem, weil sich das direkt auf ihre Entwicklung und ihre Bildungschancen auswirkt – die ersten Lebensjahre gelten Wissenschaftlern als die wichtigsten Bildungsjahre.**

Viele dieser Ungerechtigkeiten haben ihre Ursache im Föderalismus, der Ländern und Kommunen die Verantwortung für Bildung und Betreuung überträgt. Es wird Zeit, an diesem System etwas zu ändern. Hier ist die Bundesregierung in der Verantwortung. Schließlich erwartet das Grundgesetz vom Bund, Gesetze so zu gestalten, dass überall in Deutschland gleichwertige Lebensverhältnisse herrschen. Davon sind wir leider weit entfernt. ■



Dr. Martin R. Textor ist Diplom-Pädagoge. Der Autor und Herausgeber zahlreicher Fachbücher und Online-Angebote leitet zusammen mit seiner Frau das Institut für Pädagogik und Zukunftsforschung in Würzburg (www.ipzf.de)